

So ganz rund läuft's gesundheitspolitisch in der Koalition noch nicht (abgesehen von allem anderen...). Angesichts des Tempos, dass im Ministerium bei der Umsetzung der Koalitionsbeschlüsse vorgelegt wird, dämmert so manchem Sozialdemokraten, dass der Koalitionsvertrag einige Dinge an- und ausspricht, die seit Urzeiten zu den absoluten NoGos sozialdemokratischer Gesundheitspolitik gehören. Die paritätische Finanzierung des Gesundheitssystems durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer gehört beispielsweise dazu. Es ist nur zu verständlich, dass hier der eine oder andere Genosse die Faust in der Tasche ballt, wenn er koalitionstreu für einen Entwurf stimmen muss, der zwar die schwarz/gelben Beschlüsse abmildert, der aber nicht rückgängig macht, dass Arbeitnehmer fortan alleine für die Kostensteigerung im Gesundheitswesen in die Tasche greifen müssen. Der Preis zum Mitregieren ist hier teuer, und aus der Sicht mancher sozialdemokratischen Fraktionsmitglieder vielleicht sogar *zu* teuer erkauft. Aber: Geschrieben ist geschrieben.

Umso mehr verwundert es, dass der Gesundheitsminister an anderer Stelle ein Fass aufmacht, zu dem der Koalitionsvertrag gar nichts sagt und das man vielleicht doch besser mit dem Koalitionspartner erst hinter verschlossenen Türen besprochen hätte. Zur „Pille danach“ lehnt sich nämlich Hermann Gröhe sehr weit aus dem Fenster, ohne dass so recht erkennbar wäre, warum jetzt gerade hier die Fronten so scharf markiert werden müssen. Sozialdemokratische Gegenpositionen werden in dieser Fragen konsequenter Weise nicht nur aus dem Bund sondern auch aus den Ländern auf den Plan gerufen. Und je exponierter und dezidierter der Minister sich äußert, um so härter ruft er seine Widersacher auf den Plan, die übrigens auch nicht ausschließlich im sozialdemokratischen oder anderswie links geartetem Lager sitzen. Hier drohen gerade ohne Not die Fronten massiv zu verhärten.

Stattdessen wäre es – wie auch in anderen Fragen, die ethisch-medizinische Grenzbereiche berühren – gute Tradition, wenn die Abgeordneten sich auch in der „Pidana-Frage“ ausschließlich auf ihr eigenes Gewissen berufen könnten und nicht auf einen juristisch ohnehin höchst fragwürdigen Fraktionszwang (um nicht zu sagen Kadavergehorsam) eingeschworen würden. Vielleicht würde eine sich daran entsprechend orientierende, offene Diskussion auch das Wissen darüber befördern, worum es eigentlich geht. Denn so ganz klar scheinen Wirkung und Nebenwirkungen der „Pille danach“ auch den Fachkreisen noch nicht zu sein. Es wäre also mehr als hilfreich, hier die Fronten abzubauen, die Koalitionsgrenzen zu nivellieren und eine offene breit gesellschaftliche Diskussion zuzulassen, bei der sowohl die Frage der Verschreibungspflicht auf die Tagesordnung gehört als auch die der Erstattungsfähigkeit.

Und diese Diskussion sollte geführt werden, ohne dass dabei der Eindruck entsteht, hier werde mit Hilfe individuell ethischer Fragen der Koalitionspartner am Nasenring durch die Manege gezogen. Denn erinnern könnte und sollte man sich daran, dass diese fraktionsfreien Diskussion stets Höhepunkt des deutschen Parlamentarismus gewesen sind. Auch eine nur dem Gewissen verpflichtet Diskussion um die Pille danach könnte also erhellende gesellschaftliche Fragen zur ethisch-moralischen Verfasstheit unserer Gesellschaft zutage fördern. In der gegenwärtigen Situation jedoch besteht die Gefahr, dass wichtige Sach- und Bewertungsfragen einer parteipolitischen Frontenverhärtung und einer Oppositionsbewegung innerhalb der Koalition zum Opfer fallen. Dass Teile der Koalition angesichts der bevorstehenden närrischen Tage eine rasche Entscheidung in dieser Frage anstreben, mag nachvollziehbar erscheinen, der parlamentarischen Kultur allerdings wird damit kein Gefallen getan – und soooo schnell geht's ja mit dem Gesetzmachen in der Regel auch nicht.